

Wie wollen wir leben?

Nirgendwo spiegeln sich gesellschaftliche Konfliktlagen deutlicher als in der Familie von Karin Nungeßer

Selten wurde so viel und so heftig über Familie debattiert wie in den letzten Monaten. Während die einen sie als Ort der Sehnsucht und der Geborgenheit mystifizieren, möchten andere sie zu einem effizienten Kleinunternehmen durchrationalisieren. Was die so unterschiedlich anmutenden Konzepte dennoch verbindet, wie sie traditionelle Geschlechterverhältnisse verfestigen und warum wir eine neue Gerechtigkeitsoffensive für Kinder brauchen.

Wer über Familie redet, muss auch über Arbeit und Geld reden, wer über Ehe redet, muss über Ausbildung, Beruf, Mobilität reden, und zwar über Ungleichverteilungen bei inzwischen (weitgehend) gleichen Bildungsvoraussetzungen.« Das Buch, aus dem dieser kluge Satz stammt, ist schon älter als die aktuelle Debatte über den Geburtenrückgang. Es erschien 1990 und heißt *Das ganz normale Chaos der Liebe*. Elisabeth Beck-Gernsheim und ihr Mann Ulrich Beck beschreiben darin das merkwürdig paradoxe Verhältnis, in dem die bürgerliche Kleinfamilie zur Moderne und ihren Errungenschaften steht. Einerseits setzt die Industriegesellschaft mit ihrer Trennung von Arbeit und Leben, öffentlich und privat, Erwerbsarbeit und Hausarbeit die Ungleichheit der Geschlechter voraus; andererseits, so das Soziologenpaar, widersprechen die Männern und Frauen qua Geburt zugeschriebenen unterschiedlichen Lebenslagen den Gleichheits- und Freiheitsversprechen der Moderne.

Familie als »die Oberfläche, an der die historischen Konfliktlagen zwischen Frauen und Männern sichtbar werden« (Beck), ist damit auch der Ort, an dem die Widersprüche zwischen Moderne und Gegenmoderne innerhalb der Industriegesellschaft am deutlichsten zutage treten und letztlich zu Lasten der Familie entschieden

werden: »Das Marktsubjekt ist in letzter Konsequenz das allein stehende, nicht partnerschafts-, ehe- oder familienbehinderte Individuum. Entsprechend ist die durchgesetzte Marktgesellschaft auch eine kinderlose Gesellschaft – es sei denn, die Kinder wachsen bei mobilen, allein erziehenden Vätern und Müttern auf.« Die geringe Marktcompatibilität von Familie: ein Dilemma, das sich individuell nicht lösen, wohl aber »institutionell mildern« ließe, wie die AutorInnen anmerken.

Mythischer Ort

Sich diesen Hintergrund bewusst zu machen ist notwendig, weil die paradoxe Zwitterstellung der Familie – zwischen Moderne hier und Gegenmoderne da – in der aktuellen Debatte kaum thematisiert wird, aber außerordentlich präsent ist. So geht es, z.B. im neuen Buch von Frank Schirrmacher, um künftige demografische Entwicklungen. Tatsächlich ist, was der FAZ-Herausgeber zum Thema Familie beizusteuern hat, keineswegs neu: Erwachsene Töchter, nicht Söhne (die, wie Schirrmacher schreibt, »ihr evolutionäres Erbe (...) nicht besonders gut für verwandtschaftliche Fürsorglichkeit ausgerüstet« habe), sollen künftig zusätzlich zur eigenen Erwerbstätigkeit wieder dort vermehrt bereitstehen, wo sich der Staat aus Leistungen der Daseins-

fürsorge zurückzieht, etwa bei der Betreuung von Alten und Kranken. Das ist weder besonders klug noch wirklich originell. Doch es kann auf ein vertrautes kulturelles Muster zurückgreifen: Als Urgewalt und Schicksalsgemeinschaft konstruiert Schirrmacher Familie nämlich gleichzeitig als Ort (weiblicher) Aufopferung und Fürsorge und als (männlichen) Sehnsuchtsort jenseits der Zumutungen, die Markt und Staat an das Individuum stellen. Ein mythischer Ort quasi, jenseits der Geschichte – wenn auch nicht für Frauen.

Während Schirrmacher das Paradox tapfer in Richtung Gegenmoderne treibt, beschreiten die Autoren einer kürzlich von der Robert-Bosch-Stiftung veröffentlichten Untersuchung zum Thema familienunterstützende Dienstleistungen den entgegengesetzten Weg: Wo der FAZ-Herausgeber höhere Schicksalsmächte am Walten sieht, entdecken die Mitarbeiter der Unternehmensberatung Roland Berger wenig überraschend – Modernisierungsbedarf. Familie ist in ihren Augen ein Unternehmen, und zwar eines mit »nur geringer Fertigungstiefe« und immensem »Humankapitalverlust«. Sie empfehlen deshalb ein Outsourcing all jener Bereiche aus dem Familienleben, die von Externen billiger erbracht werden können – Familie nicht als Schicksalsgemeinschaft, sondern als durchratio-

Elterngeld

Ab 1. Januar 2007 erhalten Mütter oder Väter, die sich für eine Elternzeit entscheiden, zwölf Monate lang ein einkommensabhängiges Elterngeld. Damit soll vor allem besser verdienenden Müttern und Vätern die Babypause finanziell erleichtert werden. Das Elterngeld beträgt 67 Prozent des letzten Nettogehaltes und ist auf maximal 1.800 Euro monatlich begrenzt. Es wird für eine Dauer von zwölf Monaten gezahlt sowie für zwei zusätzliche Monate, wenn beide Eltern sich in der Erziehungszeit abwechseln. Wer vor der Geburt nicht erwerbstätig war, erhält unabhängig vom Familieneinkommen einen Sockelbetrag von 300 Euro. Geringverdienenden und Arbeitslose fahren damit schlechter, da sie bisher ein Erziehungsgeld in gleicher Höhe, aber für die Dauer von zwei Jahren ausbezahlt bekamen. Unklar ist bislang, wer die Kinder nach der einjährigen Babypause betreuen soll, wenn die Eltern wieder in den Beruf zurückgehen: Bislang gibt es im Westen lediglich für knapp drei Prozent der Unter-Dreijährigen Krippenplätze (vgl. auch S. 22). K.N.



Familie, Wesseling 1951

nalisiertes gesellschaftliches Werteschöpfungsunternehmen.

Männer bleiben außen vor

Interessanter als die Unterschiede ist allerdings, was die beiden auf den ersten Blick so gegensätzlichen Familienkonzepte miteinander verbindet. Zum einen ihr Konservatismus: Beide rühren nur insofern am bestehenden Geschlechterverhältnis, als es der Wirtschaft nützlich ist. So sehen beide Ansätze zwar eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen für die Zukunft vor – doch nicht aus Gründen der verfassungsmäßig gebotenen Gleichstellung der

Geschlechter oder um der eigenständigen Existenzsicherung von Frauen willen, sondern um den prognostizierten Arbeitskräftemangel des Jahres 2030 zu decken. Völlig unangetastet bleibt dagegen der Part der Männer: Im einen Fall übernehmen weibliche Blutsverwandte die Fürsorgeleistungen, für die weder Staat noch Markt zuständig sind, im anderen Fall tun dies fremde, niedriger qualifizierte Frauen – Männer bleiben weiter außen vor. Während besser verdienende Frauen ihren Teil der Reproduktion also künftig genau wie Männer verstärkt an schlechter qualifizierte Frauen delegieren können, müssen gering Qualifizierte entweder

auf die Hilfe noch billigerer Frauen zurückgreifen – ähnlich wie die Ammen im Frankreich des 18. Jahrhunderts ihre eigenen Säuglinge an ärmere Frauen abgaben, um mit dem Stillen der Kinder höhergestellter Frauen etwas Geld zu verdienen – oder fremde Hausarbeit zusätzlich zur eigenen übernehmen. Die Folge: Der ohnehin schon explodierende weibliche Niedriglohnsektor erhält neuen Nachschub – öffentlich subventioniert mit niedrigeren Sozialversicherungsbeiträgen und steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten.

Womit wir bei einer weiteren Gemeinsamkeit wären: Beide Kon-



Oben:
Mutterkreuzträgerin
mit ihrer Familie,
um 1940

Mitte:
Weihnachten,
Schleiz 1940

Unten:
Jugendweihe
am Wandlitzsee 1960

zepte sind weder gerecht noch zukunftsträchtig. Spannende Ideen, wie Familien künftig leben könnten? Wer wie viel Unterstützung vonseiten der Gesellschaft und welche soziale Einbettung bräuchte? Was Kindern, Frauen, Männern in diesem Land gut täte? Alles Fehlanzeige.

Unsicherer Ort

Vielleicht macht es Sinn, zur Abwechslung von den Fakten auszugehen. Demnach leben in Deutschland, immer noch einem der reichsten Länder der Erde, mittlerweile 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche mit ihren Familien auf Sozialhilfeniveau – doppelt so viele wie 2004. Konkret heißt das, wie Ulrich Schneider, Geschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu bedenken gibt, dass heute in manchen Städten ein Drittel der Kinder und Jugendlichen von ganz normalen, alltäglichen gesellschaftlichen Aktivitäten ausgeschlossen sind, weil das Geld, mit dem ihre Eltern monatlich auskommen müssen, keinen Einkaufsbummel, keinen Musikunterricht, keinen Sportverein, keinen Zoobesuch, keinen Computerkurs, keinen Nachhilfeunterricht mehr zulässt. Welche Folgen das für ein Gemeinwesen hat? Schwer vorstellbar. »Für die betroffenen Kinder«, so der Kinderschutzbund in seiner Erklärung, »bedeutet das eine dramatische Minderung ihrer Chancen auf einen guten Schulabschluss, auf ein Leben in Gesundheit, auf Teilhabe an sozialen und kulturellen Aktivitäten und ein entwicklungsförderndes und ausgeglichenes Familienleben.« An Warnungen hat es nicht gefehlt. Doch obwohl die Bundesrepublik Deutschland die UN-Kinderkonvention ratifiziert und sich damit verpflichtet hat, ihre Politik am Wohl der Kinder auszurichten, wird Kinderarmut hierzulande billigend in Kauf genommen. Mit ihrer Neuregelung des Elterngeldes (siehe Kasten S. 7) hat die Bundesregierung gerade arbeitslosen Eltern, denjenigen also, die staatliche Unterstützung eigentlich am nötigsten hätten, die Zuwendungsdauer halbiert.



In deutschen Familien – auch das gehört zum Thema – wird nach wie vor geschlagen, und zwar quer durch alle sozialen Schichten, auch wenn es dort, wo Geld und Bildung knapp sind, besonders häufig geschieht. Seriöse Schätzungen gehen von bis zu vier Millionen misshandelten Frauen aus und davon, dass jedes fünfte Kind Opfer familiärer Gewalt wird. »Es gibt – so die Befunde der Gewaltforschung – keinen unsicheren Ort in einer hochzivilisierten Gesellschaft als die Familie«, stellt dazu der Kriminologe und Strafrechtler Kai-D. Bussmann fest, der im Auftrag des Bundesfamilienministeriums Jugendliche zwischen zwölf und 18 Jahren befragt hat. Nur ein knappes Drittel gab an, ganz ohne Körperstrafen erzogen zu werden. Knapp die Hälfte – 46,7 Prozent – werden »konventionell« erzogen – dazu gehören neben psychischen Sanktionen wie Anschweigen und Niederbrüllen auch Ohrfeigen und der berühmte »Klaps auf den Po«. Bei mehr als einem Fünftel der befragten Kinder und Jugendlichen bleibt es nicht dabei; hier gehören schwere Prügel zum Erziehungsalltag.

Familie ist mehr als Familienpolitik

Was sich geändert hat, sind allerdings die Ursachen, so Bussmann in seiner Studie: »Aus Überzeugung wird fast nicht mehr geschlagen. In über fünfzig Prozent der Fälle fühlen sich die Eltern überfordert, hilflos und gestresst.« Die Gründe dafür mögen vielfältig sein – zu viel oder zu wenig Arbeit, Druck von Vorgesetzten oder vom Sozialamt, die Angst, nicht mithalten zu können in einer Gesellschaft, die sich immer schneller dreht – doch wer sich ernsthaft Sorgen um die Zukunft macht, müsste diese Frage in den Blick nehmen: Was wäre gegen solche massive Überforderung zu tun? Wie muss unsere Gesellschaft sich verändern, damit alle Kinder gute Startbedingungen ins Erwachsenenleben bekommen?

Dass es dazu gut ausgestatteter Betreuungseinrichtungen – besser:

Bildungseinrichtungen – bedarf, hat sich mittlerweile herumgesprochen. Umso unverständlicher ist, wie wenig bislang öffentlich um die konkrete Ausgestaltung gerungen wird: Ist es gerecht, wenn auch diejenigen für den Kindergarten zahlen müssen, deren einzige Chance auf einen halbwegs gerechten Start ins Schulleben der Besuch einer solchen Einrichtung ist? Sollen ErzieherInnen weiterhin weniger verdienen und schlechter ausgebildet sein als GrundschullehrerInnen (die wiederum finanziell deutlich schlechter gestellt sind als ihre KollegInnen an den Gymnasien)? Was soll in unseren Kindergärten, an unseren Schulen gelernt werden? Und was heißt Ganztagsbetreuung? Öffnungszeiten von 9.00 bis 16.00 Uhr? Von 7.30 bis 17.00 Uhr? Oder von 6.00 bis 21.00 Uhr? Wie viel Zeit bleibt dann noch fürs Familienleben?

Geld, Infrastruktur, Zeit – das ist der Dreiklang an Maßnahmen, die Familien brauchen. Darauf hat Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen kürzlich zu Recht hingewiesen. Und sie hat hinzugefügt: Die Zeit – das sei Sache der Wirtschaft. Tatsächlich wird es aber ohne gesetzliche Arbeitszeitverkürzungen nicht gehen. Nicht nur, weil die Umverteilung von Arbeit angesichts von fünf Millionen Arbeitslosen ein Gebot der Vernunft ist, sondern weil die Wirtschaft es allein nicht richten wird. Denn auch das belegen die Zahlen: Weit mehr als die Hälfte der Vollzeitbeschäftigten, so eine Studie des DIW Berlin, leisten regelmäßig Überstunden – durchschnittlich vier pro Woche. Wie die Arbeitszeiten in so genannter Projektarbeit verlaufen – angeblich die Arbeitsform der Zukunft –, hat kürzlich Anja Gerlmaier vom IAT in Gelsenkirchen in einer Studie untersucht: Danach arbeiten dort zwischen 25 und dreißig Prozent der Befragten durchschnittlich sechs bis zehn Wochenstunden länger als vertraglich vereinbart. Fast jeder Dritte sieht sein Familienleben durch die Arbeit als »hochgradig belastet« an, bei jedem Fünften liege, so die Psychologin, »bereits eine als pathologisch einzustufende Erholungsunfähigkeit vor« – Vorstufe zum Burn-

out. Das Durchschnittsalter der Befragten: 37 Jahre.

Womit wir wieder beim Anfang wären: Wer über Familien reden will, muss über mehr reden als Familienpolitik. Wie wollen wir leben? müsste die korrekte Frage lauten. Und dann erst: Wie können wir das bezahlen? Fragt man Männer und Frauen, wie viele Stunden sie arbeiten möchten, so antwortet die Mehrheit: im Bereich von dreißig bis 35 Stunden. Fragt man, wie die Buchautorinnen Silke Lambeck und Regine Zylka es getan haben, junge Frauen, nach ihren Vorstellungen von Familienleben, erhält man Antworten wie die der 22-jährigen Katinka: »Ich stell mir später vor, dass mein Mann und ich uns alles teilen, dass wir gleichberechtigt sind, dass beide was im Haushalt tun und arbeiten. Das wäre mein Ideal.«

Politik ist dafür zuständig, endlich die Bedingungen dafür zu schaffen, damit sich dieses Ideal leben lässt.

Karin NungeBer ist freie Journalistin in Berlin.



Ulrich Beck und Elisabeth Beck-Gernsheim: Vom ganz normalen Chaos der Liebe, Frankfurt a.M. 1990, 299 S., 9,00 Euro

Frank Schirrmacher: Minimum. Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft, München 2006, 185 S., 16,00 Euro

Unternehmen Familie, Studie von Roland Berger Strategy Consultants im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung, zu bestellen bei der Robert Bosch Stiftung, Heidehofstr. 31, 70184 Stuttgart oder als Download unter www.bosch-stiftung.de/demographischer_wandel

Silke Lambeck und Regine Zylka: Das große Jein. Zwanzig Frauen reden über die Kinderfrage, Berlin 2006, 253 S., 16,90 Euro